



Deutscher Industrie- und Handelskammertag / Folgen für die Wirtschaft unabsehbar!

Folgen für die Wirtschaft unabsehbar! DIHK kritisiert neue Anti-Diskriminierungsrichtlinien

(02.07.2008) Mit den heute zur Veröffentlichung anstehenden Anti-Diskriminierungsrichtlinien überzieht die EU-Kommission nach Ansicht von Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), die Regulierung deutlich.



Wansleben: "Der DIHK lehnt eine weitere Verschärfung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien ab. Die Ausweitung der Diskriminierungsmerkmale auf Rechtsbereiche wie Zivilrecht, Baurecht, Sozialrecht oder auch Gesundheit geht eindeutig zu weit. Schon jetzt sind die finanziellen und bürokratischen Belastungen der Wirtschaft nicht absehbar.

Eine erneute Verschärfung der europäischen Richtlinien könnte zum Beispiel dazu führen, dass Versicherungen künftig bei der differenzierten individuellen Risikoanalyse nach Gesundheitszustand und Alter eingeschränkt wären. Die Konsequenz: höhere Prämien für alle Versicherungsnehmer.

Zudem wird eine Reihe anderer Fässer aufgemacht: Müssen Banken einem 80-Jährigen künftig noch einen Kredit mit 30-jähriger Laufzeit gewähren? Muss die Wohnungswirtschaft dann dafür sorgen, dass der gesamte Wohnungsbestand barrierefrei wird? Müssen alle Bäckereien, Kneipen, Einzelhandelsläden barrierefrei erreichbar sein? Was ist mit einer Preisauszeichnung von Ware in Blindenschrift?

Außerdem ist zweifelhaft, ob die in Deutschland geregelten Rechtfertigungsgründe (Beschränkung auf Massengeschäfte, Auswahl von Wohnungssuchenden im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und ausgewogener Siedlungsstrukturen) angesichts der neuen EU-Richtlinie noch Bestand haben werden.

Was ist eine noch angemessene oder schon unzumutbare Belastung für die Unternehmen – nur Letzteres soll eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen?

Der DIHK fordert Kommission, Parlament und die Mitgliedstaaten auf, Vernunft walten zu lassen und die Regulierung nicht zu überziehen. Vielmehr müssten sogar die bestehenden Richtlinien auf den Prüfstand gestellt werden."